

Bezeichnung des Antrages:

**Aus dem Rat der Landesvorsitzenden wird der
Rat der Landesvorstände**

Antragstellend: Bundesvorstand

Antragstext: Der 44. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möge folgende Änderungen der Bundessatzung, Bundesfinanzordnung, Bundesschiedsordnung und Bundeswahlordnung beschließen:

I.

§ 17 Bundessatzung wird in „Der Rat der Landesvorstände“ umbenannt und wird neu gefasst:

„§ 17.1 Die jeweils amtierenden Landesvorstände der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ bilden den ständigen Rat der Landesvorstände.

§ 17.2 (1) Jeder Landesvorstand hat im Rat der Landesvorstände eine Stimme.

(2) Jeder Landesvorstand kann jederzeit per Beschluss festlegen, wer von seinen Mitgliedern wann zukünftig befugt ist, die Stimme des jeweiligen Landesvorstands abzugeben. Fehlt eine solche Festlegung, gelten alle Mitglieder dieses Landesvorstands als abstimmungsbefugt.

(3) Bei jeder Abstimmung im Rat der Landesvorstände gibt pro Landesvorstand ein dazu befugtes Mitglied dieses Landesvorstands die Stimme seines Landesvorstands ab. Wenn dennoch mehrere dazu befugte Mitglieder des gleichen Landesvorstands abstimmen, nicht identisch abstimmen und dieser Zustand nicht bis zum Abstimmungsende korrigiert wird, so wird die Stimmabgabe dieses Landesvorstands als Enthaltung gezählt.

§ 17.3 Der Rat der Landesvorstände wählt unter allen Landesvorstandsmitgliedern einen Vorsitzenden des Rates der Landesvorstände und einen stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Landesvorstände.

§ 17.4 Der Rat der Landesvorstände entscheidet über die Zulassung von Gästen zu seinen Sitzungen.

§ 17.5 Zwischen der Einreichung von Anträgen an den Rat der Landesvorstände und dem frühesten Beginn der Abstimmung darüber müssen mindestens 9 ganze Kalendertage liegen. In besonders dringenden Fällen kann der Abstimmungsbeginn auf einen früheren Zeitpunkt gelegt werden, wenn kein abstimmungsbefugtes Mitglied eines Landesvorstands

innerhalb der ersten 3 Kalendertage nach einer solchen Ankündigung Widerspruch einlegt.“

II.

Im Namen und im Text von § 18 Bundessatzung und im Text von §§ 6.1 h), 9.13, 13.4, 21.5, 23.5, 25.7, 27.4, 30.1, 30.2 Bundessatzung, §§ 11.2, 11.4 Bundesfinanzordnung, Anhang 3 zur Bundesfinanzordnung, §§ 8.1 b), 8.2 b), 8.3 b), 8.4 b), 8.5 b), 13.5 Bundesschiedsordnung und § 10 Bundeswahlordnung A werden alle Vorkommen des Wortes „Landesvorsitzenden“ durch das Wort „Landesvorstände“ ersetzt.

Begründung des Antrags:

Aktuell sind alle Landesvorsitzenden individuell gleichermaßen stimmberechtigt. Durch Unterschiede in der Anzahl der Landesvorsitzenden pro Landesvorstand ergibt sich bei Abstimmungen ein Ungleichgewicht zugunsten der Landesvorstände, die mehr Landesvorsitzende besitzen.

Um ein demokratisches Gleichgewicht ohne Diskriminierung im bisherigen Rat der Landesvorsitzenden herzustellen, soll mit diesem Antrag jedem Landesvorstand nur noch eine gemeinsame Stimme zukommen. In diesem Zusammenhang sollten die Landesvorsitzenden keine Spezialrolle mehr haben und der Rat der Landesvorsitzenden in den Rat der Landesvorstände umbenannt werden.

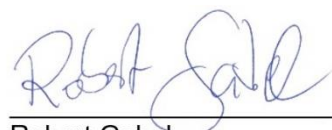
Eine Einführung der Einreichungsfrist für Anträge wird vorgeschlagen, damit den Landesvorständen in Vorbereitung auf die Abstimmungen im Rat der Landesvorstände genügend Zeit bleibt, um die Anträge ausreichend beraten zu können und um vorzubeugen, dass Einzelpersonen Entscheidungen ohne Rücksprache und Vorbereitung treffen müssen.



Aída Spiegeler Castañeda
Bundesvorsitzende



Dr. Marcel Krohn
Bundesvorsitzender



Robert Gabel
Bundesvorsitzender